

Studienergebnisse im Internet unter: [BMAS – Studie zu Gewaltschutzstrukturen für Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen veröffentlicht](#)

6. Zentrale Handlungsfelder und Empfehlungen zum Gewaltschutz

Im Folgenden werden, ausgehend von den zentralen Problemkomplexen, die im Rahmen der Dokumentenanalyse und der empirischen Studie zum Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe identifiziert wurden, zentrale Handlungsfelder und Empfehlungen zusammengeführt. Dabei fließen auch die Erkenntnisse und Einschätzungen der projektbegleitenden Expertinnen des Beirats und der Rechtsexpertise (Kap. 3) ein. Anschließend werden die verschiedenen Zuständigkeiten zu diesen Empfehlungen in einer Synopse zusammengeführt.

Handlungsfeld 1: Personalausstattung

Im Rahmen der Studie wurde als ein zentraler Faktor, der das Risiko für Gewalt in Einrichtungen erhöht und einen wirkungsvollen und nachhaltigen Gewaltschutz verhindert, die **unzureichende personelle Ausstattung (mit qualifizierten Fachkräften) problematisiert (siehe insbesondere Kapitel 4.1.9, 4.5.3, 5.1.1.2)**. Sie erhöhe die Belastungen und Spannungen in der Arbeit und verringere die Aufmerksamkeit für Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern mit Behinderungen. Darüber hinaus trägt neben den **belastenden Arbeitsbedingungen** die **schlechte Bezahlung** der Mitarbeitenden zu Unzufriedenheit und hoher Fluktuation bei, welche sich ebenfalls negativ auf den Gewaltschutz auswirkt und den Aufbau von Vertrauen erschwert. Auch wird durch die unzureichende personelle Ausstattung das Wunsch- und Wahlrecht in Bezug auf zu pflegende Personen und die geschlechtergerechte Pflege eingeschränkt.

Empfehlungen 1:

Zentrale Grundlage für einen wirksamen Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe sind eine adäquate personelle Ausstattung mit qualifizierten Fachkräften und die angemessene Finanzierung der Arbeit. Es wird empfohlen, gemeinsam mit der Fachpraxis, den Fachverbänden, Kostenträgern und politisch Verantwortlichen **einheitliche verbindliche Standards der personellen Ausstattung, adäquaten Vergütung und Konditionen für unterschiedliche Arbeitsbereiche im Kontext der Behindertenhilfe** zu entwickeln und als Rahmenvorgabe festzulegen. Der Personalschlüssel soll sich dabei nicht nur auf die Anzahl der Bewohnerinnen, Bewohner und Werkstattbeschäftigten, sondern auch auf die konkret anfallenden

Aufgaben und Bedürfnislagen der Nutzenden beziehen. Die personelle Zusammensetzung soll darüber hinaus die Umsetzung des Rechts auf geschlechtergerechte Pflege und auf die Wahl der pflegenden Personen gewährleisten.

Darüber hinaus ist ein einheitlich verbindliches **Verfahren** zu entwickeln, **wie mit Belastungsanzeigen von Mitarbeitenden intern und durch externe Kontrollorgane umzugehen** ist. Diese müssen ernst genommen und gemeldet werden, und zu sofortigem Handeln durch Träger, Leitungspersonen und Kontrollorgane führen.

Handlungsfeld 2: Gewaltschutzgesetz

Das Gewaltschutzgesetz findet im Bereich der Einrichtungen in der Regel faktisch keine Anwendung und ist rechtlich nicht auf die Intervention in Einrichtungen zugeschnitten (siehe Kapitel 3.2.1). In Einrichtungen stehen den Gewaltbetroffenen daher bislang keine adäquaten Rechtsinstrumente zur Verfügung, um selbst zivilrechtlich effektiven Schutz zu erwirken. Geht die Gewalt von Nutzerinnen und Nutzern aus, erfolgt in der Regel kaum polizeiliche Intervention, insbesondere keine Wegweisung der Täterinnen und Täter. Gewaltbetroffene bleiben dadurch oft ungeschützt und sind zu ihrem Schutz auf die Einrichtungsleitung angewiesen. Deren Schutzverantwortung ist aber bislang weder gesetzlich noch vertraglich hinreichend konkretisiert. Das betrifft zum einen die Frage, was sie zum Schutz der Betroffenen tun müssen, aber auch, was sie tun *können*. Einrichtungsträger sind grundsätzlich nicht berechtigt, Menschen mit Behinderungen in ihrer Freiheit zu beschränken oder sie in eine andere Wohneinheit zu „verlegen“. Die Verlegung eines Heimbewohners zum Schutz der Mitbewohnerinnen und Mitbewohner ist grundsätzlich nur mit seiner Zustimmung möglich; an die Kündigung der Wohn- und Betreuungsverträge und der Werkstattverträge werden hohe Anforderungen gestellt. Gegen Täter und Täterinnen, die als schuldunfähig gelten, kommen auch keine ordnungs- oder strafrechtlichen Sanktionen in Betracht. Das einzige Schutzinstrument, das die Rechtsordnung dann noch bietet, ist ihre öffentliche Unterbringung, die aber aus gutem Grund nur im Ausnahmefall und in der Regel zeitlich befristet in Betracht kommt. Den rechtlichen Betreuerinnen und Betreuern kommt hier eine wichtige Rolle zu.

Empfehlungen 2:

Es müssen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass für Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen derselbe Anspruch auf Schutz vor Gewalt, Trennung vom Täter oder der Täterin und konsequente staatliche Intervention gewährleistet ist wie für Menschen in Privathaushalten, die von Gewalt betroffen sind. Dabei sollen der Schutz und die Sicherheit der gefährdeten Personen vorrangig sein; sie sind durch Möglichkeiten der Wegweisung von gewalttätigen Personen und Täterprävention/Täterunterbringung zu ergänzen. Der

Anwendungsbereich des GewSchG ist in geeigneter Form auf den Schutz vor schuldunfähigen Tätern zu strecken und der Anwendungsbereich des § 2 GewSchG für die Gewalt in Einrichtungen zu öffnen. Es bedarf einer Verknüpfung der zivil- und ordnungsrechtlichen Intervention mit der **Verpflichtung der Sozialleistungsträger**, die Assistenz, pflegerische Versorgung oder Beschäftigung weggewiesener Gefährdeter anderweitig sicherzustellen. **Polizei und Justiz** sind zu **schulen für die konsequente Intervention und Strafverfolgung bei Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe** und den Umgang mit kommunikativ, kognitiv oder psychisch beeinträchtigten Personen (insbesondere im Hinblick auf die Verwertung von Aussagen). Dies muss auch **fester Bestandteil der Ausbildungen** im polizeilichen und justiziellen Sektor sein.

Das **Vertragsrecht in Einrichtungen** muss so konkretisiert werden, dass den **Interessen der Gewaltbetroffenen angemessen Rechnung getragen wird**, und zwar auch dann, wenn die Täter und Täterinnen als schuldunfähig gelten. Zudem muss **grundsätzlich hinterfragt** werden, inwieweit die **Einrichtungen für die Rehabilitation von Menschen mit fremdgefährdendem Verhalten geeignet sind**, bzw. ob deren **Versorgung** nicht von vornherein bevorzugt **ambulant oder in spezifischen Settings zu gestalten** ist. Soweit eine Aufnahme der Personen trotz des damit verbundenen Risikos für die anderen Nutzenden überhaupt vertretbar erscheint, bedarf es eines entsprechenden **Risikomanagements des Trägers**. Dazu gehören **zielgruppengerechte pädagogische Konzepte zum Umgang mit selbst- und fremdgefährdendem Verhalten**, in denen auch der Zusammenhang zwischen Männlichkeit, Behinderung und Gewalt kritisch reflektiert und bearbeitet wird.

Auch in den **Heimgesetzen der Länder** bedarf es einer **Konkretisierung des Schutzauftrages der Einrichtungen und Einrichtungsaufsichtsbehörden**. Es ist zu prüfen, inwieweit die Verfahrensregelungen der §§ 8a ff SGB VIII und 4 KKG zum Schutz erwachsener Menschen so modifiziert werden können, dass die Einrichtungen Handlungssicherheit erlangen und bei der Intervention stets der Selbstbestimmung der erwachsenen Betroffenen einschließlich ihrer informationellen Selbstbestimmung angemessen Rechnung tragen.

Es muss sichergestellt werden, dass zur Unterstützung von **Personen, die aufgrund ihres fremdgefährdenden Verhaltens** nicht in betreuten Wohnformen und anderen Rehabilitationseinrichtungen versorgt werden können, **flächendeckend geeignete Dienste und Einrichtungen** zur Verfügung stehen. Dazu bedarf es auch der **modellhaften Entwicklung geeigneter Angebote**.

Zugleich ist das **Heimrecht** in Bezug auf den **Schutz vor struktureller Gewalt** weiterzuentwickeln.

Der **Gewaltschutz in Einrichtungen** muss **fester Bestandteil in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der beteiligten Berufsgruppen** und in der Qualifizierung und Beratung ehrenamtlicher rechtlicher Betreuerinnen und Betreuer sein.

In Vorbereitung der oben genannten Zielsetzungen sollen in Kooperation mit Einrichtungen und Behindertenverbänden, Selbstvertretungsstrukturen, Frauenverbänden und Gewaltschutzeinrichtungen, sowie den zuständigen Ministerien und Institutionen in Bund und Ländern, **Muster-Gewaltschutzgesetze (und Lösungen)** erarbeitet und flächendeckend implementiert werden.

Handlungsfeld 3: Gewaltschutzkonzepte

Die Untersuchung verweist auf heterogene, oft unzureichende und wenig verbindliche Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen der Behindertenhilfe (siehe insbesondere Kapitel 3.2.2).

Empfehlungen 3:

Zur Umsetzung der in § 37a SGB IX aufgenommenen Verpflichtung zur Entwicklung von Gewaltschutzkonzepten (siehe Kapitel 3.2.2) sind entsprechende Qualitätsstandards zu entwickeln und in den Rahmenvereinbarungen sowie Leistungsverträgen mit Trägern zu verankern. Sie müssen konkrete Vorgaben und Verpflichtungen für Leistungsträger zum Gewaltschutz in den Einrichtungen enthalten und einen Rahmen vorgeben, der nicht unterschritten werden darf (s.a. Empfehlungen in den Abschnitten 4–7 und 9). Sie müssen alle Formen und Kontexte von Gewalt sowie geschlechtsspezifische Perspektiven einbeziehen, die Partizipation der Nutzer und Nutzerinnen bei der Entwicklung und Implementierung gewährleisten, ebenso wie regelmäßige verpflichtende Fortbildungen für alle Mitarbeitenden und Leitungspersonen zum Gewaltschutz.

In den Schutzkonzepten bzw. Qualitätsstandards müssen klare Regeln, Strukturen und Verfahrensabläufe bei Gewalt und Verdachtsfällen konkretisiert sein und regelmäßig an Mitarbeitende, Werkstattbeschäftigte sowie Bewohner und Bewohnerinnen vermittelt werden. Betroffene müssen **niedrigschwellige Unterstützung durch interne und externe Ansprechpersonen und Beschwerdestellen** erhalten und über diese informiert sein. Informationen zu dem Thema und den Ansprechpersonen sollten *in verschiedenen Formaten* zur Verfügung stehen (u.a. in Unterstützter Kommunikation, leichter Sprache, digital barrierefrei aufbereitet, Gebärdensprache sowie in verschiedenen Veranstaltungsformaten). Regelmäßige Supervision und Reflexion zur Förderung einer offenen Kommunikation und Fehlerkultur soll zum Erkennen und Verhindern von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen auf allen Ebenen der Institutionen beitragen.

Muster-Gewaltschutzkonzepte sind gemeinsam mit Trägern, geschlechterkritischen Gewaltschutzexpertinnen und -experten, Selbstvertretungsorganisationen und Behindertenverbänden sowie Zuständigen aus Bund und Ländern zu erarbeiten. Darüber hinaus bedarf es einer **Rahmenvereinbarung für Mindeststandards** von Seiten der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR), unter Hinzuziehung

der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGÜS).

Handlungsfeld 4: Rechts- und Handlungssicherheit in den Einrichtungen

In den Einrichtungen besteht vielfach (rechtliche) Unsicherheit im Umgang mit Gewalt, den zu ergreifenden Maßnahmen und der (Notwendigkeit der) Einbeziehung Dritter (siehe Kapitel 4.3.1, 5.4.1). Diesbezügliche Rechts- und Handlungssicherheit muss integraler Bestandteil jedes Gewaltschutzkonzeptes sein.

Empfehlungen 4:

Zur Stärkung der Rechts- und Handlungssicherheit ist eine **bundesweit einheitliche Broschüre (mit Informations- und Schulungsmaterial)** zu entwickeln, in der die folgenden Punkte im **Umgang mit Gewalt und Verdachtsfällen** für die Praxis gut nachvollziehbar vermittelt und Anregungen gegeben werden, wie die hierfür erforderlichen Organisationsentwicklungsprozesse initiiert und gestaltet werden können. Sie sollte u.a. folgende Themen behandeln:¹

- Risikoanalyse in Einrichtungen
- Gesetzliche Verankerung von Interventionen bei Erwachsenen mit Behinderung
- Konkretes Vorgehen bei der Gefährdungseinschätzung
- Rechte und Pflichten des Personals bei Verdachtsfällen und Gewalt (auch bezüglich der Gewalt durch Nutzer und Nutzerinnen sowie Angehörige, Verhältnis von Schutzpflicht, Schweigepflicht und Sozialdatenschutz)
- Umgang mit und Unterbringung von gewalttätigen / gefährdenden Personen
- Einschalten von und Kooperation mit externen Stellen (u.a. Jugendamt, Ermittlungsbehörden, Ärztinnen und Ärzten, Rechtsmedizin, Frauenberatungsstellen und anderen externen Schutz- und Beratungsstellen) / Einwilligung und Abstimmung mit den Betroffenen
- Umgang mit ggf. konfligierenden Interessen von Betroffenen, Angehörigen, Einrichtungen und externen Stellen.

¹ Beispielhaft könnte hier als Grundlage die Broschüre des Hessischen Sozialministeriums von 2013 verwendet werden. Titel: Handlungsempfehlung und Muster-Dienstvereinbarung zum Umgang mit Grenzverletzungen, sexuellen Übergriffen und sexueller Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen in voll- und teilstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe.

Handlungsfeld 5: Partizipation, Ansprechpersonen und Informationsverbreitung

Menschen mit Behinderungen, die in Wohneinrichtungen leben, wie auch Beschäftigte in Werkstätten, sind oftmals zu wenig informiert über ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten sowie Ansprechpersonen bei Gewalt. Sie sind zudem kaum beteiligt bei der Entwicklung und Implementierung von Gewaltschutzkonzepten in Einrichtungen der Behindertenhilfe (siehe Kapitel 3.2.2.1, 3.3, 4.1.7, 5.1.2 ff, 5.4.2). Beides sind aber wichtige Bedingungen für gelingenden Gewaltschutz und Prävention.

Empfehlungen 5:

Einrichtungen müssen gewährleisten, dass alle Nutzer und Nutzerinnen regelmäßig über Rechte, Handlungsmöglichkeiten, Ansprechpersonen und Gewaltschutz informiert werden und bei der Entwicklung und Implementierung von Gewaltschutzkonzepten beteiligt sind. Dies muss fester Bestandteil von Gewaltschutzkonzepten und eine Voraussetzung für die Förderung von Einrichtungen sein.

- **Einrichtungsintern** sollten **mindestens zwei voneinander unabhängige fachlich qualifizierte Ansprechpersonen** zur Verfügung stehen und den Nutzerinnen und Nutzern bekannt sein, sowie **mindestens je eine Peer-Vertrauensperson** für Frauen und Männer, die fachlich durch unabhängige Unterstützungspersonen begleitet werden.
- Darüber hinaus müssen **Nutzerinnen und Nutzer über externe Anlaufstellen und ihre Erreichbarkeit umfassend und umfassend barrierefrei informiert** werden (z.B. über barrierefreie Fachberatungsstellen sowie unabhängige Aufsichts- und Beschwerdestellen und dortige Ansprechpersonen; Beschäftigte in Einrichtungen müssen entsprechende Informationen auch aktiv und regelmäßig an die Nutzer und Nutzerinnen herantragen).
- Ein niedrigschwelliger Zugang soll auch über **regelmäßige Sprechstunden und/oder Informationsveranstaltungen**, z.B. der Polizei und externer Beratungsstellen in den Einrichtungen erfolgen (für diese Aufgaben sind entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen).
- In **regelmäßigen Wohn- und Arbeitsgruppenversammlungen** sollen Probleme mit Gewalt und Machtmissbrauch besprochen werden können.
- Flächendeckend implementiert werden müssen auch **verbindliche**
 - a) **geschlechtssensible Stärkungs- und Selbstbehauptungs- sowie Selbstverteidigungsmaßnahmen** für alle Nutzenden,
 - b) **Angebote zur Gewalt- und Tatprävention**, sowie
 - c) **geschlechtsspezifische niedrigschwellige Angebote zur Aufarbeitung von Gewalterfahrungen** (in Zusammenarbeit mit den externen Angeboten).Vorhandene und zu schaffende Angebote müssen bekannt gemacht und flächendeckend in Einrichtungen der Behindertenhilfe implementiert werden.

Handlungsfeld 6: Stärkung der Frauenbeauftragten

In der Studie wurde sichtbar, dass die **Einrichtung von Frauenbeauftragten als politische Vertretung von Frauen vor dem Hintergrund der besonderen Diskriminierung und Gewaltbetroffenheit der Zielgruppe ein wichtiger Baustein für die generelle Stärkung von Frauen mit Behinderungen und des Gewaltschutzes in Einrichtungen darstellt.** Bei entsprechender Ausstattung und Unterstützung bietet sie zudem eine niedrigschwellige Möglichkeit zur Anbahnung von Unterstützung für die Gruppe von Frauen mit Behinderungen. **Problematisch ist allerdings, wenn die Frauenbeauftragten mit zu wenig Handlungsmacht und Mitspracherechten in den Einrichtungen ausgestattet sind.** Zudem werden sie auch oft von den **Leitungspersonen nicht ausreichend ernst genommen und intern unzureichend unterstützt (siehe Kapitel 4.1.10.2 und 5.6.5).**

Empfehlungen 6:

Erweiterte Mitbestimmungsrechte, Unterstützung durch die Leitung und eine unabhängige Fachkraft sowie die Verfügbarkeit von Zeitbudgets, Finanzen und Räumen für die Beratung müssen verbindlich festgelegt werden. Leitungskräften, insbesondere auch den Werkstattleitungen, ist in den Stellenbeschreibungen und anhand von Schulungen zu vermitteln, dass sie im Rahmen des Gewaltschutzes verpflichtet sind, Frauenbeauftragte zu unterstützen (und wie dies umgesetzt werden kann und soll). **Zur Stärkung und Vernetzung der Frauenbeauftragten müssen regionale und überregionale Austauschtreffen organisiert und finanziert werden, ebenso wie Austausch und Information über digitale und andere Medien. Eine unabhängige Fachkraft muss für die Begleitung jeder Frauenbeauftragten obligatorisch sein.** Diese Maßnahmen sind von den Bundesländern in den Heimgesetzen verbindlich zu regeln, und analog auch in Wohneinrichtungen zu implementieren. **Eine Vernetzung durch „Starke Frauen machen“ (und andere Selbstvertretungsstrukturen) ist fest und dauerhaft zu etablieren. Landes- und regionale Netzwerke von Frauenbeauftragten sind verbindlich zu finanzieren und mit entsprechender Technik und Freistellungen auszustatten.**

Zugleich soll auch im Hinblick auf andere Diskriminierungsstrukturen (z.B. im Bereich LGBTIQ und Menschen mit Migrationshintergrund) geprüft werden, ob weitere Ansprech- und Vertrauenspersonen in den Einrichtungen sinnvoll zu implementieren sind.

Frauenbeauftragte sollen nicht nur in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, sondern auch in Wohneinrichtungen verbindlich implementiert werden.

Handlungsfeld 7: Selbstbestimmung, Privat- und Intimsphäre

In den Befragungen wurde deutlich, dass in den Einrichtungen oftmals die Privat- und Intimsphäre der Nutzer und Nutzerinnen nicht konsequent geschützt wird. Dies stellt eine Menschenrechtsverletzung gegenüber Menschen mit Behinderungen dar und befördert Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe (siehe Kapitel 5.6.2, 3.2.2.3, 4.1.7 und 4.5.4).

Empfehlungen 7:

In den Einrichtungs- und Gewaltschutzkonzepten sind Regelungen zur Wahrung der Privat- und Intimsphäre und der Selbstbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner und Werkstattbeschäftigten verbindlich festzuschreiben. Es ist zu gewährleisten, dass die Nutzung von abschließbaren Türen, Toiletten und Waschräumen sowie der Schutz der privaten Wohnräume vor ungefragtem Zutritt durch Dritte eingehalten und zudem das Recht auf eigenständige Kontakte und Unternehmungen realisiert wird. Darüber hinaus muss der Ausbau ambulanter Strukturen mit eigenen Wohnräumen für Menschen mit Behinderungen ein prioritäres Ziel der Politik- und Praxisentwicklung sein.

Handlungsfeld 8: Unabhängige Beschwerdestellen

In der Studie wurde deutlich, dass bislang weder funktionierende unabhängige Beschwerdestellen noch die Kontrolle durch die Heimaufsicht bei Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderungen in Anspruch genommen werden und wirksam Gewalt verhindern können. Dazu tragen auch die hohe Schwelle und die mangelnde Spezialisierung auf (praxistaugliche) Gewaltprävention bei (siehe Kapitel 5.2.3).

Empfehlungen 8:

Im Sinne des verbesserten Gewaltschutzes sind auch im Bereich der Eingliederungshilfe flächendeckend durch die Bundesländer und Kommunen unabhängige Beschwerdestellen als zusätzliche Struktur (i.S. von Ombudsstellen) zu schaffen. Deren Aufgaben in Bezug auf eine wirksame und aktive Funktion zur Verhinderung von Gewalt und ihre Rolle bei der Unterstützung, Intervention und Prävention von Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe sind zu konkretisieren. Methoden für gelingenden Gewaltschutz sind in Kooperation mit der Fachpraxis und den Selbstvertretungsstrukturen von Menschen mit Behinderungen weiterzuentwickeln. Zusätzlich sind im Sinne einer zweigleisigen Struktur eigenständige Bereiche mit Gewaltspezialisierung und Ansprechpersonen zum Gewaltschutz innerhalb der bestehenden Kontrollbehörden (Heimaufsichten) vorzuhalten, die niedrigschwellig bei Beschwerden angesprochen werden können und über die alle Beteiligten und potenziell Betroffenen gut informiert sind. Die Heimaufsichten müssen mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet sein. Für die

Nutzenden der Einrichtungen müssen niedrigschwellige Zugänge zur Heimaufsicht geschaffen werden.

Handlungsfeld 9: Vernetzung mit dem lokalen Unterstützungsangebot

Die zum Teil unzureichende Vernetzung von Einrichtungen der Behindertenhilfe mit externen Angeboten und Stellen im Gewaltschutz führt dazu, dass Gewaltprobleme oft intern geregelt werden und Betroffene keinen Zugang zur Fachberatung bei Gewalt erhalten. Auch verhindert sie die polizeiliche Intervention und rechtliche Sanktionierung (siehe insbesondere Kapitel 4.1.8).

Empfehlungen 9:

Eine regelmäßige Vernetzung der Einrichtungen mit dem örtlichen Unterstützungsangebot für gewaltbetroffene Frauen, allgemeinen Gewaltberatungsstellen und der Polizei ist in den Förderrichtlinien verbindlich festzuschreiben und zu finanzieren. Alle geeigneten Ansprechpersonen müssen den Bewohnern und Bewohnerinnen bekannt und für diese direkt und niedrigschwellig ansprechbar sein. Zur Vernetzung der politischen, konzeptionellen und institutionellen Aktivitäten auf Landesebene sollen **landesweite (ministerielle) Fachstellen zur Koordinierung und Vernetzung von „Geschlechtersensiblem Gewaltschutz im Kontext von Pflege/Assistenz und Einrichtungen der Behindertenhilfe“** eingeführt werden. In diesen sollen auch die Selbstvertretungsstrukturen von Menschen mit Behinderungen, die Frauenbeauftragten und die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung, sowie die Kontrollbehörden, Träger der Einrichtungen und politischen Entscheidungsträger (beirätlich) fest eingebunden sein. **Die landesweiten Fachstellen prüfen in regelmäßigen Abständen Fortschritte, Probleme und Lücken im Gewaltschutz, koordinieren zu treffende politisch-rechtliche Maßnahmen und schreiben diese im Sinne der UN-BRK und der Istanbul Konvention fort.**

Handlungsfeld 10: Erreichbarkeit des externen Unterstützungssystems

Die mangelnde Barrierefreiheit und Zielgruppengerechtigkeit des externen Unterstützungssystems zu Gewalt ist ein weiterer Faktor, der dem Gewaltschutz von Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen entgegensteht (siehe Kapitel 4.1.8. und 4.2).

Empfehlungen 10:

Das gesamte externe Hilfesystem – Jugendhilfe, Fachberatungsstellen und Schutzeinrichtungen zu Gewalt – müssen barrierefrei, inklusiv ausgestaltet und niedrigschwellig erreichbar sein. Das erfordert die finanzielle Ausstattung von Frauen- und Gewaltberatungsstellen sowie Schutzeinrichtungen, um eigene

Schwerpunkte zum geschlechtssensiblen Schutz von Menschen mit Behinderungen (innerhalb und außerhalb der Einrichtungen) personell auf- und ausbauen, sowie kontinuierliche Vernetzungen mit den Einrichtungen / Selbstvertretungsstrukturen von Menschen mit Behinderungen leisten zu können. Regelmäßige Schulung und Qualifizierung aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, um ein inklusives Angebot zu gewährleisten, ist erforderlich, ebenso wie die barrierefreie räumliche Ausstattung. Auch sind pro-aktive und aufsuchende Angebote für Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen auf- und auszubauen, ebenso wie externe Unterbringungsmöglichkeiten für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf. (Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ist sicherzustellen, dass ausreichend qualifizierte Pflegefamilien zur Verfügung stehen, die mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet sind, um die Kinder angemessen zu versorgen.)

Auf der anderen Seite sind **alle Anlauf- und Beratungsstellen für Menschen mit Behinderungen** so zu schulen und zu qualifizieren, dass sie gewaltbetroffene Menschen auffangen und an geeignete Fachstellen weiterleiten können.

Handlungsfeld 11: Monitoring und Forschung zum Gewaltschutz

Es fehlen ein wirksames Monitoring und Forschung zur Prüfung und Fortschreibung des Gewaltschutzes in Einrichtungen der Behindertenhilfe, sowie eine kontinuierliche wissenschaftliche Wirkungsforschung.

Empfehlungen 11:

Von Seiten der Bundes- und Landesregierungen müssen kontinuierlich begleitende Wirkungsforschungen zur Umsetzung, zu den Erfolgen und den Lücken im Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe gefördert werden, und deren Ergebnisse in ein landesweites Monitoring einfließen. Dabei müssen auch **schwer zu befragende (und besonders gefährdete) Zielgruppen** in die Forschung einbezogen werden (z. B. über Methoden der Unterstützten Kommunikation, der teilnehmenden Beobachtung und der Befragung von Bezugspersonen). Gerade auch die **besonders relevanten Grenzbereiche im Einsatz von Zwang, Freiheitseinschränkungen und Einschränkungen der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen in und durch Institutionen** müssen in der Forschung verstärkt in den Blick genommen werden. Im Rahmen der **Förderung der Teilhabeforschung durch zuständige Ministerien und Förderinstitutionen** muss die **Prävention von Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen** einen zentralen Schwerpunkt bilden und insbesondere Praxisforschung unterstützt werden.

Handlungsfeld 12: Öffentlichkeitsarbeit

Die Tatsache, dass Menschen mit Beeinträchtigungen einem besonders hohen Risiko ausgesetzt sind, Gewalt zu erfahren, wird im öffentlichen und politischen Diskurs noch nicht ausreichend berücksichtigt. Gewaltschutz kann nur effektiv umgesetzt werden, wenn allen Akteuren und Akteurinnen im Feld und der Öffentlichkeit das hohe Gewaltrisiko bekannt ist und Wissen über zu treffende Gewaltschutzmaßnahmen vermittelt wird (siehe Kapitel 6.5).

Empfehlungen 12:

Eine intensivierte Primärprävention durch Öffentlichkeitsarbeit von der lokalen bis hin zur Bundesebene muss die Basis schaffen, um gewaltbegünstigende Rahmenbedingungen abzubauen. Gewalt in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sollte durch Öffentlichkeitsarbeit gesamtgesellschaftlich thematisiert werden, um Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren. Breite Kampagnen in den Medien zu Gewalt in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sind notwendig, um für das Thema zu sensibilisieren und zu informieren. Eine dadurch erfolgende Enttabuisierung von Gewalt, einhergehend mit der Benennung von Risikofaktoren, möglichen Anlaufstellen und rechtlichen Möglichkeiten, erweitert nicht nur die Handlungsoptionen der Opfer, sondern auch des Umfeldes und der institutionellen Strukturen. Eine solche Kampagne sollte nicht nur (potentielle) Opfer adressieren, sondern auch (potentielle) Täterinnen und Täter, soziale Umfeldler und alle relevanten Berufsgruppen. Sie soll den Diskurs zu Entstehungsbedingungen, gesellschaftlichen Strukturen und Machtdynamiken, die Gewalt begünstigen, ausweiten.

1. Synopse zu Handlungsfeldern, Akteuren / Akteurinnen und konkreten Maßnahmen

| Handlungsfeld (HF) | Verantwortlich | Maßnahmen |
|----------------------------------|---|--|
| HF 1: Personalausstattun g | Bund, Länder, Kommunen; Kosten- und Leistungsträger/ BAGüS | <ul style="list-style-type: none"> • Einheitliche verbindliche Standards der personellen Ausstattung, adäquaten Vergütung und Konditionen für unterschiedliche Arbeitsbereiche im Kontext der Behindertenhilfe entwickeln |
| | Träger der Einrichtungen; (Leistungs-)Personal der Einrichtungen | <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des Rechts auf geschlechtergerechte Pflege und Wahl der pflegenden Personen • Verfahren entwickeln, wie mit Belastungsanzeigen von Mitarbeitenden intern und durch externe Kontrollorgane umzugehen ist |
| HF 2: Gewaltschutzgesetz | Bund, Länder | <ul style="list-style-type: none"> • Gleicher rechtlicher Anspruch auf Schutz vor Gewalt für Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen <ul style="list-style-type: none"> ➤ Streckung des Anwendungsbereichs des GewSchG auf den Schutz von schuldunfähigen Tätern und Täterinnen ➤ Öffnung des Anwendungsbereichs des § 2 GewSchG für die Gewalt in Einrichtungen |

| Handlungsfeld (HF) | Verantwortlich | Maßnahmen |
|---|---|--|
| | Bund, Länder, Träger der Einrichtungen | <ul style="list-style-type: none"> • Verknüpfung der zivil- und ordnungsrechtlichen Intervention mit der Verpflichtung der Sozialleistungsträger, die Assistenz, pflegerische Versorgung oder Beschäftigung weggewiesener gefährdender Personen anderweitig sicherzustellen (modellhafte Entwicklung alternativer Wohnformen) |
| | Bund, Länder | <ul style="list-style-type: none"> • Konkretisierung des Vertragsrechts in Einrichtungen • Konkretisierung des Schutzauftrags der Einrichtungen in den Heimgesetzen der Länder • Weiterentwicklung des Heimrechts in Bezug auf den Schutz vor struktureller Gewalt |
| | Länder, Polizei, Justiz | <ul style="list-style-type: none"> • Schulung von Polizei und Justiz für die konsequente Intervention und Strafverfolgung bei Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe und den Umgang mit kommunikativ, kognitiv oder psychisch beeinträchtigten Personen |
| HF 3: Gewaltschutz- konzepte | Bund, Länder, Kommunen, Kosten- /Leistungsträger, BAGüS, Heimaufsicht, Träger der Einrichtungen, (Selbst-) Vertretungs- | <ul style="list-style-type: none"> • Qualitätsstandards bezüglich der Entwicklung von Gewaltschutzkonzepten in den Rahmenvereinbarungen sowie Leistungsverträgen mit Trägern verankern |

| Handlungsfeld (HF) | Verantwortlich | Maßnahmen |
|--|---|--|
| | strukturen, Frauenbeauftragte, Bundesarbeits- gemeinschaft für Rehabilitation (BAR) | <ul style="list-style-type: none"> • Schutzkonzepte und Qualitätsstandards erarbeiten mit klaren Regeln, Strukturen und Verfahrensabläufen bei Gewalt und Verdachtsfällen • Erarbeitung und flächendeckende Implementierung von Muster-Gewaltschutzkonzepten |
| HF 4: Rechts- und Handlungssicherheit in den Einrichtungen | Bund, Länder, Kommunen, Träger der Einrichtungen, (Selbst-) Vertretungsstrukturen, Frauenbeauftragte, Einrichtungen/ Träger im Gewaltschutz | <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung einer bundesweiten Broschüre mit Informations- und Schulungsmaterial |
| HF 5: Partizipation, Ansprechpersonen und Informationsverbreitung | Träger der Einrichtungen, (Leitungs-)Personal der Einrichtungen | <ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßige Information von Nutzern und Nutzerinnen über Rechte, Ansprechpersonen und Gewaltschutz • Einrichtungsintern mindestens zwei voneinander unabhängige fachlich qualifizierte Ansprechpersonen sowie mindestens je eine Peer-Vertrauensperson für Frauen und Männer schaffen • Regelmäßige Information von Nutzerinnen und Nutzern über externe Anlaufstellen • Regelmäßige Sprechstunden der Polizei und externer Beratungsstellen in den Einrichtungen |

| Handlungsfeld (HF) | Verantwortlich | Maßnahmen |
|--|--|--|
| | | <ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßige Wohn- und Arbeitsgruppenversammlungen zu Gewalt und Machtmissbrauch |
| | Bund, Länder, Kommunen, Kosten-/ Leistungsträger, BAGüS, (Selbst-) Vertretungsstrukturen, Frauenbeauftragte, Träger der Einrichtungen, (Leitungs-)Personal der Einrichtungen | <ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckende und verbindliche Implementierung von <ul style="list-style-type: none"> ➤ geschlechtssensiblen Stärkungs-, Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungsmaßnahmen für alle Nutzenden ➤ Angeboten zur Gewalt- und Tatprävention • geschlechtsspezifischen niedrigschwelligen Angeboten zur Aufarbeitung von Gewalterfahrungen |
| HF 6: Stärkung der Frauenbeauftragten | Bund, Länder, Träger der Einrichtungen, (Leitungs-)Personal der Einrichtungen, (Selbst-) Vertretungsstrukturen, Frauenbeauftragte, Einrichtungen/ Träger im Gewaltschutz | <ul style="list-style-type: none"> • Erweiterte Mitbestimmungsrechte, Unterstützung durch die Leitung sowie Verfügbarkeit von Zeitbudgets, Finanzen und Räumen für die Beratung verbindlich festlegen • Unabhängige Fachkraft zur Unterstützung der Frauenbeauftragten vorhalten • Verbindliche Finanzierung von Netzwerken von Frauenbeauftragten einführen • Prüfung der Notwendigkeit weiterer Vertrauenspersonen im Hinblick auf andere Diskriminierungsstrukturen |

| Handlungsfeld (HF) | Verantwortlich | Maßnahmen |
|--|---|---|
| HF 7: Selbstbestimmung , Privat- und Intimsphäre | Kosten-/ Leistungsträger, BAGüs, Heimaufsicht-/ Kontrollbehörden, Träger der Einrichtungen, (Leitungs-)Personal der Einrichtungen, (Selbst-) Vertretungsstrukturen, Frauenbeauftragte | <ul style="list-style-type: none"> • Implementierung der Frauenbeauftragten in Wohneinrichtungen • Ausbau ambulanter Strukturen mit eigenen Wohnräumen für Menschen mit Beeinträchtigungen • Festlegung von Regelungen zur Wahrung der Intim- und Privatsphäre und der Selbstbestimmung in Wohneinrichtungen |
| HF 8: Unabhängige Beschwerdestellen | Länder, Kommunen, (Selbst-) Vertretungsstrukturen, Heimaufsichten | <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von unabhängigen Beschwerdestellen • Vorhaltung eigenständiger Bereiche mit Gewaltspezialisierung und Ansprechpersonen innerhalb der bestehenden Kontrollbehörden (Heimaufsichten) |
| HF 9: Vernetzung mit dem lokalen Unterstützungs- system | Polizei, Justiz, Träger der Einrichtungen, (Leitungs-)Personal der Einrichtungen, (Selbst-) Vertretungsstrukturen, Frauenbeauftragte, Einrichtungen/ Träger im Gewaltschutz | <ul style="list-style-type: none"> • Verbindliche Festschreibung in den Förderrichtlinien bezüglich der Vernetzung der Einrichtungen mit dem örtlichen Unterstützungsangebot für betroffene Frauen, allgemeinen Gewaltberatungsstellen und der Polizei • Einführung von landesweiten Fachstellung zur Koordinierung und Vernetzung von „Geschlechtersensiblen Gewaltschutz im Kontext von |

| Handlungsfeld (HF) | Verantwortlich | Maßnahmen |
|---|---|--|
| HF 10: Erreichbarkeit des externen Unterstützungs- systems | Bund, Länder, Kommunen, Kosten-/ Leistungsträger, BAGüS, Träger der Einrichtungen, (Leitungs-)Personal der Einrichtungen, (Selbst-) Vertretungsstrukturen, Frauenbeauftragte, Einrichtungen/ Träger im Gewaltschutz | Pflege/Assistenz und Einrichtungen der Behindertenhilfe“ |
| | | <ul style="list-style-type: none"> • Schulung aller Anlauf- und Beratungsstellen hinsichtlich der Bedarfe von gewaltbetroffenen Menschen mit Behinderung • Barrierefreie räumliche Ausstattung der Frauen- und Gewaltberatungs- sowie der Schutzstellen • Pro-aktive und aufsuchende Angebote für Menschen mit Behinderungen auf- und ausbauen • Externe Unterbringungsmöglichkeiten für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf ausbauen • finanzielle und personelle Ausstattung von Frauen- und Gewaltberatungsstellen sowie Schutzeinrichtungen, um eigene Schwerpunkte zum geschlechtssensiblen Schutz von Menschen mit Behinderungen (innerhalb und außerhalb der Einrichtungen) auf- und ausbauen, sowie kontinuierliche Vernetzungen mit den Einrichtungen / Selbstvertretungsstrukturen von Menschen mit Behinderungen leisten zu können |

| Handlungsfeld (HF) | Verantwortlich | Maßnahmen |
|---|--|---|
| HF 11: Monitoring und Forschung zum Gewaltschutz | Bund, Länder, (Selbst-) Vertretungsstrukturen | <ul style="list-style-type: none"> • Begleitende Wirkungsforschung zum Gewaltschutz • Regelmäßiges verbindliches Monitoring |
| HF 12: Öffentlichkeits- arbeit | Bund, Länder, Kommunen in Zusammenarbeit mit Medien und allen relevanten Akteuren und Akteurinnen | <ul style="list-style-type: none"> • Bundesweite Kampagnen zur Information und Sensibilisierung zu Gewalt gegen Menschen mit Beeinträchtigungen in Einrichtungen |